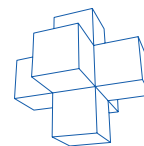


FDP
Die Liberalen



SCHWEIZER FREISINN

FDP Frauen	3	Kantone	5/6	Wahlen	16/17	Bürokratie	20/21
FDP International	4	DV (Forum)	15	Mix	18	Dossier Energie	22/23

33. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

Inhalt

FDP.Die Liberalen am KMU-freundlichsten

Beim Rating des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) wurde klar, wer für das Rückgrat unserer Wirtschaft einsteht: Die ersten 16 Plätze werden alle von der FDP.Die Liberalen belegt! Obenauf schwingt Nationalrat Werner Messmer, ihm folgt Nationalrat Markus Hutter, und auf Platz drei landet der heutige Bundesrat Johann Schneider-Ammann.

Seite 8

85 Tage im Amt: Bundesrat Johann Schneider-Ammann zieht eine Zwischenbilanz

Nach 85 Tagen schaut Bundesrat Schneider-Ammann auf seine bisherige Amtszeit zurück: Auch 3 Monate nach seinem Amtsantritt ist der Freisinnige aus Langenthal überzeugt, die Schweiz müsse eine Chancengesellschaft sein.

Seite 13

«Für den Schutz vor Waffengewalt»

Am 13. Februar kommt diese Initiative vors Volk. Mit der Annahme soll die Armeeewaffe ins Zeughaus verbannt werden und ein zentrales Register erstellt werden. FDP.Die Liberalen lehnt die Initiative ab.

Seite 19

Engagement – Aus Liebe zur Schweiz!

Was bewegt über 100 000 Bürger, Mitglied der FDP.Die Liberalen zu sein? Es ist ihr gemeinsamer Wunsch, unsere Schweiz mit liberalen Werten mitzugestalten. Als Mitglied jener Bewegung, welche heute wie früher dieselben Werte prägt, welche unser Land so

erfolgreich gemacht haben. Wir engagieren uns mit Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Mut zu Reformen für die Schweiz. Diese starke Motivation soll auch in der Wahlkampagne 2011 präsent sein. Polemik und Missgunst bringen die Schweiz nicht wei-

ter. Mit dem Willen zur echten Verantwortung kämpfen wir für liberale Werte. Fassen wir den Mut – für ein Land in Bewegung. Machen Sie mit – aus Liebe zur Schweiz. Erfahren Sie mehr zum Slogan und den Wahlen allgemein auf den Seiten 16 und 17.

**Aus Liebe zur
Schweiz –
mit Mut und
Verstand.**

Interview mit Linda Brunner

Du hast dich erfolgreich als Wahlkampfleiterin für die Jungfreisinnigen beworben. Was motiviert dich dabei besonders?

Die Tätigkeit ist sehr vielseitig, und ein motiviertes Team steht hinter mir. Diese beiden Faktoren und die Möglichkeit, mein liberales Gedankengut einzubringen, haben mich zu einer Bewerbung bewogen.

Die Aufgabe der Wahlkampfleiterin könnte man als Schicksalsaufgabe bezeichnen, zwischen Erfolg und Misserfolg ist nur ein schmaler Pfad. Für den Erfolg der Jungfreisinnigen sind massgeblich unsere Positionen und Kandidaten verantwortlich. Man kann sich das wie folgt vorstellen: Das Wahlkampfteam liefert das Gefähr,



Linda Brunner, Wahlkampfleiterin der Jungfreisinnigen Schweiz.

und die Kandidierenden sind Katalysatoren, die es zum Laufen bringen. Ich bin überzeugt, dass wir auch in diesen Wahlen erfolgreich sein werden, denn unsere Positionen sind in der Bevölkerung ein grosses Anliegen sowie die Kandidaten und Kandidatinnen sehr kompetent und motiviert.

Die «klare Linie» wurde in den letzten Jahren als «das Erfolgsrezept» dargestellt. Wie trimmst du den Jungfreisinn auf wenige und klare Themen?

Da gibt es glücklicherweise nichts zu trimmen. Die Jungfreisinnigen sind hinsichtlich ihrer geradlinig freisinnigen Politik bekannt. Wir werden also auch den Wahlkampf mit unseren Kernthemen führen.

Eine Jungpartei steht oft im Schatten der Mutterpartei. Was können die Jungfreisinnigen besser als die FDP. Die Liberalen?

Besser ist nicht die Frage, aber anders. Wir haben die Möglichkeit, Politik frech zu gestalten, und diese Möglichkeit werden wir auch nutzen.

Das Web 2.0 mit Twitter, Facebook usw. wird als Zukunftsmusik heraufbeschworen. Gilt das auch für den Jungfreisinn?

Für uns wird das ein grosses Thema sein. Die Jungfreisinnigen sind in diesem Bereich bereits heute sehr aktiv. Wir werden das im Wahlkampf noch intensivieren und haben deshalb Leute im Team, die sich ausschliesslich mit dem Wahlkampf im Web 2.0 befassen.

Gegen den SUIA-Gebührenterror auf Leerdatenträger!

Brenda Mäder, Präsidentin Jungfreisinnige Schweiz und Zweifach-Bezahlerin auf Musik auf dem iPod

Angenommen, ich möchte das neuste Album meiner Lieblingsband kaufen, um es unterwegs auf meinem iPod oder im Auto zu hören. Das Album wird also auf dem Internet gekauft, beispielsweise in iTunes. Als Nächstes wird die Musik auf dem MP3-Player gespeichert sowie auf eine CD für das Autoradio gebrannt. Dank der SUIA-Gebühren auf Leerdatenträger bezahle ich für die Urheberrechte gleich drei Mal: einmal beim Erwerb der Musik, mit der Gebühr auf Leerdatenträger für MP3-Player sowie mit der entsprechenden CD-Gebühr.

Auf Leerdatenträger sind SUIA-Gebühren zu bezahlen, da die Annah-

me besteht, dass jede Verwendung der Geräte die Urheber um Einnahmen bringt. In diesem Sinne werden die Konsumenten pauschal verdächtigt, zu schmarnotzen.

Die Gebühren sind sehr hoch und werden im Total steigen, da sie sich hauptsächlich am Speichervolumen eines Mediums orientieren. Aktuell bezahlen wir zwischen 30 und 70 Rappen pro Gigabyte auf MP3-Playern; geplant sind sogar 30 Rappen pro Gigabyte auf musikfähige Mobiltelefone – ungeachtet dessen, dass längst nicht alle mit ihrem Mobile Musik hören.

Für die Jungfreisinnigen Schweiz und die Piratenpartei Schweiz geht dies entschieden zu weit. Es kann nicht sein, dass die ehrlichen Konsumenten doppelt und dreifach belastet werden. Die SUIA wird zum selbsternannten Gebührenvogt, der weit über das Ziel hinausschiesst.

Die Jungfreisinnigen und die Piraten wehren sich und sammeln Unterschriften unter www.abgabenterror.ch für ihre Petition «Gegen die SUIA-Gebühr auf Leerdatenträger». Unterschreiben Sie noch heute, und unterstützen Sie uns im Kampf gegen unnötige und überrissene Gebühren!

STÖPP
der SUIA-Gebühr auf Leerdatenträger.

Eine Aktion von
jungfreisinnige | piratenpartei
www.piratenpartei.ch

Petition gegen unnötige Gebühren
www.stopp-suisa-steuer.ch

**Kongress
25. bis 27. März 2011**

**Wahlkickoff Deutschschweiz
16. April 2011**

Christa Markwalder – die Berner Ständerätin

Ein Ständeratswahlkampf mit Signalwirkung für die ganze Schweiz

Claudine Esseiva,
Generalsekretärin
der *FDP.Die Liberalen Frauen*

Am 13. Februar haben die Bernerinnen und Berner die Wahl: zwischen einer linken, rechten und liberalen Person, die den Kanton Bern und seine Bevölkerung im Ständerat vertreten wird. Die FDP-Kandidatin ist Christa Markwalder, die mit ihren 35 Jahren zu den profiliertesten politischen Köpfen unseres Landes gehört. Seit 2003 sitzt sie für die *FDP.Die Liberalen* im Nationalrat und überzeugt mit ihrer klaren Politik. Als Präsidentin der Aussenpolitischen Kommission prägt sie die Aussenpolitik der Schweiz massgeblich mit und beweist, dass die Schweiz im Ausland durchaus selbstbewusst und entschlossen auftreten kann. Christa Markwalder ist zwar überzeugt, dass die Schweiz längerfristig mit einem EU-Beitritt besser fahren würde, unterstützt aber das pragmatische Vorgehen mit bilateralen Verträgen.

Seit Jahren setzt sich Christa Markwalder für Generationengerechtigkeit und gesicherte Sozialwerke ein und kämpfte an vorderster Front für Reformen bei der AHV, IV, BVG und ALV. Als Mitglied der Geschäftsleitung der *FDP.Die Liberalen Frauen* kämpft sie mit diesen ausserdem für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Als Präsidentin der parlamentarischen Gruppe für erneuerbare Energien fördert sie die Nutzung des Potenzials von Wasserkraft, Windkraft, Solarenergie, Biomasse und Holz. Trotzdem befürwortet sie ein neues Kernkraftwerk Mühleberg – weil sie eben weiss, dass auch erneuerbare Energien Nachteile haben und vorläufig nicht ausreichen.

Kultur und Sport sind für die Milizpolitikerin ein fester Bestandteil in ihrem Leben. Sie spielt Cello, setzt sich für einen Zugang von Schulkindern zu Kunst ein und organisiert jedes Jahr



Christa Markwalder mit Nationalratskollege und FDP-Kantonalpräsident Peter Flück aus Brienaz.

die traditionsreiche britisch-schweizerische Parlamentarier-Skiwoche in Davos. Heuer war sie im Skirennen die schnellste Parlamentarierin.

Im Ständerat ist konstruktives Arbeiten und kein Parteienhickhack gefragt. Es braucht eine gute überparteiliche Zusammenarbeit, Überzeugungskraft und Verhandlungsges-

chick. Probleme aufzuzeigen ist nicht schwierig. Lösungen zu erarbeiten, die unser Land vorwärtsbringen, hingegen schon. Der Ständerat wird oft als «chambre de réflexion» bezeichnet, weil Parteiinteressen im Hintergrund stehen und sachlich und lösungsorientiert debattiert wird. Diese politische Kultur muss weitergepflegt werden,

Save the date

**Generalversammlung in St. Gallen
der *FDP.Die Liberalen Frauen*
19. März 2011, 10.00 bis 14.00 Uhr**

Eine detaillierte Einladung folgt
www.fdp-frauen.ch

denn letztlich ist sie der Schlüssel dafür, dass es der Schweiz vergleichsweise gut geht und unser Land auch international viel Vertrauen geniesst.

Am 13. Februar findet deshalb durchaus eine Richtungswahl statt. Wenn die Polarisierung im Ständerat wie im Nationalrat zunimmt, sind auch in der chambre de réflexion Lösungen, die im Interesse des Landes liegen, schwieriger zu finden. Wir hoffen deshalb, dass unsere FDP-Frau Christa Markwalder die Wählerinnen und Wähler überzeugen kann!

FDP
Die Liberalen

Christa Markwalder
– unsere
Ständerätin.

Ständeratswahl
13. Februar 2011

www.christa-markwalder.ch

Schweizer Studenten und Universitäten im internationalen Kontext

Bologna sollte den Wettbewerb und die Wettbewerbsfähigkeit der Universitäten international stärken. Doch in der Schweiz ist noch nicht viel zu spüren – im Gegenteil.

**Samuel Lanz, Geschäftsführer
FDP.Die Liberalen International**

Einer der zentralen Vorteile des Bologna-Systems sollte der vereinfachte internationale Austausch und Wechsel zwischen den Universitäten sein. Das hat Vorteile für die Studenten, da sie einfacher wechseln können, und die Universitäten, die einfacher begabte Köpfe anziehen können. Doch von diesem Vorteil ist noch nicht viel zu spüren: Der grössten Schweizer Universität ist es nicht möglich, die Diplome früh genug auszustellen, sodass es immer wieder zu Problemen kommt. Gleichzeitig haben die Studenten den zusätzlichen Nutzen noch nicht erkannt.

Der Schweizer Student

Man könnte meinen, dass mit der Einführung des Bologna-Systems viele Schweizer Studenten die neue Chance nützen und ihr Studium zumindest teilweise im Ausland absolvieren würden. Denn gerade in Kombination mit dem starken Franken hat es sich für Studenten noch nie mehr gelohnt, im Ausland ihre Ausbildung zu erweitern. Doch dies ist nicht geschehen. Statt sich an ausländischen und fremdsprachigen Bildungsstätten weitere einzigartige Erfahrungen anzueignen und damit auch für zukünftige Arbeitgeber wertvolle internationale Erfahrungen zu sammeln, bleibt ein überwältigender Teil der Schweizer Studenten für ihre gesamte Ausbildung in der Schweiz, wo sie meist auf sicher einen Masterstudienplatz erhalten. Das ist natürlich nachvollziehbar, haben doch die Schweizer Universitäten einen hervorragenden Ruf. Aber



Hörsaal in der Universität Zürich.

kann man das so einfach behaupten?

Die Schweizer Universität

Wir leisten uns in der Schweiz eine Vielzahl von kleinen, teilweise schlecht ausgestatteten Instituten. Zu oft lautet die Devise «möglichst viel Breite». Dabei stellt sich die Frage, inwiefern diese Institute ihren Lehrauftrag erfüllen können bei einer Flut von inländischen und ausländischen Studenten. Gleichzeitig brechen verschiedene Bildungspolitiker eine Polemik zum Thema ausländische Studenten und Ausbildungsqualität vom Zaun. Dies ist alles kontraproduktiv, ja sogar gefährlich, wenn man sich auch in der Bildungspolitik weiterhin auf höchstem internationalen Niveau bewegen will.

Lösung aus den angelsächsischen Regionen

Quoten für Ausländer können und dürfen keine Lösung sein. Nur die Qualität eines Kandidaten darf der entscheidende Faktor sein, ob eine Person an einer Universität zugelassen werden darf oder nicht. Ein Beispiel für eine gute Lösung bieten hier die qualitativ guten, hochspezialisierten Masterprogramme des angelsächsischen Raums an. Die Selektion wird dabei nicht aufgrund der Nationalität gemacht, sondern der Kandidat wird im Vorfeld zur Zulassung zum Studium auf Herz und Nieren, auf Fachkenntnisse, Erfahrungen (wie z.B. Auslandsaufenthalte und Praktika) und Sprachkenntnisse geprüft. Eine Zulassung für ein Masterprogramm erhält nur, wer die nötigen Fähigkeiten mitbringt. Das ist effizienter, spornet den Studenten an und steigert die Qualität.

Listenverbindung mit Vernunft und Herz

Remo Ankli, Parteisekretär
FDP.Die Liberalen Solothurn

Die Delegierten der *FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn* haben am 27. Oktober 2010 mit 116 zu 5 Stimmen die Listenverbindung mit der neu gegründeten BDP für die Nationalratswahlen abgesegnet. Damit gehen die Solothurner Freisinnigen zum ersten Mal eine Listenverbindung ein. Mit dieser Zusammenarbeit bei den Wahlen 2011 sollen die Wählerstimmen der lösungsorientierten Kräfte gebündelt und eine Stärkung der bürgerlichen Politik erreicht werden.

Als Vorbereitung auf den Beschluss der Delegiertenversammlung haben der kantonale Parteivorstand der FDP wie auch die Arbeitsgruppe Strategie und Wahlen die Ausgangslage für eine Listenverbindung mit der BDP diskutiert und geprüft. Grossmehrheitlich



Die Parteipräsidenten Ernest Cavin (BDP) und Christian Scheuermeyer (FDP) haben die Listenverbindung bei den Delegiertenversammlungen durchgebracht.

BILD: SOLOTHURNER ZEITUNG / OLIVER MENGE

kam man dabei zum Schluss, dass diese Verbindung mit der noch jungen Partei für beide Seiten Sinn mache und anzustreben sei. Nachfolgende Gespräche mit der BDP waren sehr offen und transparent, ebenso stimmte die Chemie zwischen den beiden Delegationen.

Für die FDP ist eine Listenverbindung mit der BDP vernünftig, weil dadurch die bürgerliche Politik gestärkt wird – eine bürgerliche Politik, die die Probleme nicht bewirtschaftet, sondern zu lösen sucht. Die politischen Programme der beiden Parteien weisen zahlreiche Berührungspunkte auf, ebenso entspricht der politische Stil und Umgangston der BDP demjenigen der FDP. Mit Elan und Zuversicht ziehen die Solothurner Freisinnigen in die Wahlen mit dem Ziel, den zweiten Nationalratssitz, der 2007 knapp verloren ging, zurückzuholen.

Ein grosses Fest für den «Höchsten Schaffhauser 2011»

Brigitta Hinterberger,
Geschäftsführerin
FDP.Die Liberalen Schaffhausen

An der letzten Ratssitzung des Jahres 2010 wurde der FDP-Politiker Christian Heydecker zum Kantonsratspräsidenten gewählt.

Am Abend dann stieg die grosse Wahlfeier mit rund 240 geladenen Gästen. Ein Blick auf die Gästeliste zeigt, dass es ihm wichtig war, all diejenigen Leute einzuladen, die ihn bei seinen verschiedenen Tätigkeiten als

Politiker, Rechtsanwalt, Verwaltungsrat, «Mitkicker» im FC Kantonsrat, Schulkollege und nicht zuletzt als Familienmitglied ein Stück weit in seinem bisherigen Leben begleiteten.

Und wer Christian kennt, weiss, dass er festen kann! Das gelungene Fest dauerte jedenfalls bis in die frühen Morgenstunden.

Begonnen hat es mit einem Apéro im Foyer des Hombergerhauses, wo Christian jeden Gast persönlich begrüusste. Nach einem feinen Nachtessen wurden die Glückwünsche und



Cornelia und Christian Heydecker.

BILDER: SCHAFFHAUSER NACHRICHTEN / SELWYN HOFFMANN



Viele Gäste gratulierten dem neuen Kantonsratspräsidenten.

Geschenke überbracht und diverse Darbietungen vorgebracht. Mit einem Losverkauf wurde die Weihnachtsaktion von Radio Munot unterstützt. Als Preise lockten zwölf Flaschen Wein aus Maréchal-Foch-Trauben aus Christians eigenem Rebberg.

Zu späterer Stunde konnte noch das Tanzbein zur Musik des Duos «Heinz und Heinz» geschwungen werden.

Vielleicht gibt es ja schon bald wieder eine Wahlfeier für Christian Heydecker? Man darf gespannt sein, welche Fortsetzung seine politische Karriere findet. Einen ersten Markstein für ein politisches Amt auf eidg. Ebene haben die Parteimitglieder der FDP Schaffhausen am 19. Januar mit der Nomination von Christian Heydecker zum Ständerat-Kandidaten gesetzt.

Grosswangen: Die Weltmeister der Demokratie

Hinter dieser Schlagzeile steckte die Politikerdichte, die weltweit als einmalig bezeichnet wurde. Das 3000-Seelen-Dorf hat aber noch andere politische Einzigartigkeiten und Kuriositäten vorzuweisen.

**Othmar Wüest, Präsident
FDP.Die Liberalen Grosswangen,
ehem. Geschäftsführer
FDP.Die Liberalen Luzern**

Mit einem Ständerat, einem Nationalrat, zwei Kantonsrätinnen, einer Oberrichterin und einer Reihe weiterer Funktionsträger auf Kantons- und Amtsstufe war für den Journalisten der «Neuen LZ» klar, die Grosswanger zu Demokratieweltmeistern zu erklären. Mit Ausnahme des Ständeratssitzes ist diese geballte Ladung an politischem Personal bis heute fast unverändert geblieben, weshalb der sonderbare Weltmeistertitel wahrscheinlich immer noch zutrifft.

Gegen den Trend

Grosswangen gilt nach Ruswil als zweitgrösstes Landwirtschaftsdorf im Kanton Luzern. Die Vermutung, dass Grosswangen deshalb ein guter Boden für die SVP darstellt, trifft nicht zu. Da hilft es offenbar auch wenig, dass SVP-Nationalrat Josef Kunz ein «Ur-Grosswanger» ist. Die FDP-Ortspartei hat seit dem Aufkommen der SVP ihre Parteistärke sogar leicht ausgebaut, während die CVP seit 1991 regelrecht eingebrochen ist. Die CVP war bis zum Aufkommen der SVP fast doppelt so stark wie die FDP. Seit den letzten Kantons- und Regierungsratswahlen sind die Grosswanger Liberalen bis auf 2,4 Prozent an die CVP herangerückt.

Parteiarbeit ist Kleinstarbeit

Über Erfolg und Misserfolg entscheidet der Markt, ergo gelten auch die Gesetze des Marketings. Wir versuchen deshalb, die Menschen dort zu erreichen, wo ihr Lebensmittelpunkt ist, wo sie ihre Sorgen und Nöte haben. Es sind häufig die kleinen Probleme, die über die Lebensqualität der Menschen entscheiden. Unsere Anliegen in



Nur nie die Fröhlichkeit verlieren: Vorstand der FDP Grosswangen von links: Philipp Meyer, Bruno Steinmann, Cornel Erni, Marc Häfliger, Anita Stauffer, Claudia Künzli, Peter Blum, Othmar Wüest, Renata Wüest und Angela Pfäffli.

Grosswangen bringen wir volksnah hinüber und achten auf eine gute Medienpräsenz. Eine Volksnähe allerdings, die weit vom Populismus entfernt ist. Dadurch können wir die Menschen auch wieder begeistern und zu neuem Engagement führen. Kurz: Wir versuchen, den Menschen in Grosswangen Antworten zu den Themen zu bieten, die für sie wichtig sind.

Im Zweifelsfalle – tun!

Mit Freude setzen wir uns für Grosswangen ein, denn nur Freude vermag Engagement zu entfachen. Mit unserer Publikation «Grosswanger Kurier» packen wir öfters auch heisse Eisen an, was dann ab und zu rote Köpfe verursachen kann. Die FDP Grosswangen hat schon seit Jahren den Ruf als Ma-

cherpartei, indem wir mit unseren Spürnasen Themen frühzeitig aufnehmen und sie dann auch über längere Zeit bearbeiten. Diese Herkulesaufgabe teilen wir uns innerhalb von zehn Vorstandsmitgliedern auf, wo jede Person spezifische Bereiche abdeckt und damit auch Verantwortung übernimmt. Es ist schon vorgekommen, dass man sich gestritten hat, wer nun die Arbeit leisten darf.

Es lebe der freie, liberale Geist!

1848 war die FDP als Staatsgründerin in hohem Masse reaktionär und radikal. Diesem Geist versuchen wir, angepasst auf die heutige Zeit, nachzuleben. Ein bisschen mehr «liberal pur» steht der FDP gut an! Manchmal müssen wir wieder lernen, Spannungen

und Konflikte auszuhalten – transparent und streitfreudig, ohne gleich wegzulaufen. Dazu gehört auch, Meinungsverschiedenheiten zu ertragen – und dann die Reihen wieder zu schliessen!

Diese Spannungsfelder dienen dem Profil und erzeugen den notwendigen Schwung für unsere Partei. Wir brauchen nicht mit der SVP zu kokettieren: Ihr Gesellschaftsmodell ist in hohem Masse unliberal und fortschrittsfeindlich. Respekt, Toleranz, Grosszügigkeit und Mut sind ohnehin liberale Tugenden. Und Glaubwürdigkeit, damit die Menschen uns an unseren Taten messen können!

**Mehr unter
www.fdp-grosswangen.ch**

Visionär und Macher zugleich

Eigentlich wollte Andreas Kleeb Tierarzt oder Agronom werden. Als Kind verbrachte er jede freie Minute auf dem benachbarten Bauernhof in Zug. Doch es kam anders. Er wurde Wirtschaftsinformatiker und war bereits als Student als Unternehmer mit einem Startup «in der Garage» tätig. Das war vor über 25 Jahren.

Als Inhaber der beelk Gruppe in Zug hat Andreas Kleeb aus einem kleinen IT-Unternehmen eine innovative Firmengruppe mit 300 Angestellten in der ganzen Schweiz gemacht. Das Angebot reicht von gesamtheitlichen Informatik-Lösungen über Output Management Outsourcing zu digitaler Sprachverarbeitung bis zu Logistikdienstleistungen in Detailhandelsunternehmen.

Nicht nur in seinem Unternehmeralltag sondern, auch in der Politik thematisiert, fordert und lebt Andreas Kleeb unternehmerisches, Werte schaffendes Denken.

Im März 2008 wurde er Präsident der FDP.Die Liberalen Zug. Die kantonalen Wahlen im vergangenen Jahr bestritt er erfolgreich, die Sitzanzahl konnte im Regierungsrat wie auch im Parlament gehalten werden. Auf nationaler Ebene engagierte er sich als KMU-Vertreter für die «Bürokratie-Stopp!»-Initiative und wirkte als Mitinitiator mit.

Andreas Kleeb wagte mit 23 Jahren, zusammen mit ein paar Mitstudenten, den Schritt in die Selbstständigkeit. Neben der «Lust auf Arbeit» war aus heutiger Sicht auch eine Menge Blauäugigkeit dabei. Aber das Timing, wie man so schön sagt, war perfekt, und die Zeit war reif für die KMU-Informatik. Dank dem grossen Engagement ist das kleine IT-Unternehmen «aus der Garage» mit jedem neuen Kunden gewachsen. Schon nach fünf Jahren hatte es schweizweit einen guten Ruf, viele Stammkunden und über 50 Mitarbeitende.

Das Jahr 1990 kann als Meilenstein in der beelk-Geschichte angesehen werden. Mit «SPOC» (Single Point of Contact) konnte ein Lifecycle-Produkt für Grosskunden, welches Einkauf, Installation, Betrieb und Entsorgung umfasst und erstmals Warenhandel von Dienstleistungen trennt, lanciert



Andreas Kleeb

werden. Die beelk Gruppe (damals Wickart, Kleeb + Partner) wurde 1995 (EC Award) und 1996 (Innovationspreis des Kantons Zug) mehrfach ausgezeichnet.

Man muss als Chef nicht unersetzlich und nicht rund um die Uhr verfügbar sein – das war eine der wesentlichsten Erkenntnisse auf dem Erfolgsweg des Firmengründers. Er be-

weist nicht nur bei seinem Hobby als Privatpilot Weitsicht. Das Wertedenken zieht sich wie ein roter Faden durch alle Projekte von Andreas Kleeb. Er hat verstanden, dass unternehmerischer Erfolg, Führung, Lebensqualität und menschliches Miteinander nur auf dieser Basis möglich sind. Dieses Wertedenken treibt den Visionär auch weiterhin an, seine Ideen am besten

gleich, heute, sofort umzusetzen. Andreas Kleeb symbolisiert wertorientierte Unternehmensführung. Für seine Mitarbeiter ist er nicht nur Chef, sondern auch Partner. Ihm gelingt es, sie für seine Ideen zu begeistern – und wenn es sein muss, auch gemeinsam mit ihnen für das Unternehmen zu kämpfen.

FDP. Die Liberalen schwingt im KMU-Rating obenauf

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) hat eine wissenschaftliche Untersuchung zur KMU-Freundlichkeit aller Nationalratsmitglieder vorgestellt. Die Forscher werteten 386 Abstimmungen zu 36 Sachgeschäften aus, welche vom Gewerbeverband als relevant für die kleinen und mittleren Unternehmen bezeichnet worden waren. Das Resultat ist eindeutig: Die ersten 16 Plätze werden ausschliesslich von FDP-Parlamentariern besetzt.

Und auch das Abstimmungsverhalten der gesamten Fraktion entspricht am meisten den Interessen der kleinen und mittleren Unternehmen. Den ersten Platz hat sich Nationalrat Werner Messmer verdient, Zweiter wurde Markus Hutter und Dritter der heu-

- | | |
|---|---------------------------------------|
| 1. 80.4% Messmer Werner FDP | |
| 2. 80.3% Hutter Markus FDP | |
| 3. 80.2% Schneider-Ammann Johann N. FDP | |
| 4. 80.0% Triponez Pierre FDP | |
| 5. 80.0% Kleiner Marianne FDP | 11. 78.8% Fiala Doris FDP |
| 6. 79.6% Müller Philipp FDP | 12. 78.5% Huber Gabi FDP |
| 7. 79.1% Favre Charles FDP | 13. 78.5% Engelberger Edi FDP |
| 8. 79.1% Leutenegger Filippo FDP | 14. 77.9% Lüscher Christian FDP |
| 9. 79.0% Theiler Georges FDP | 15. 77.8% Wasserfallen Christian FDP |
| 10. 78.9% Müller Walter FDP | 16. 77.7% Ruey Claude FDP |
| | 18. 77.6% Brunschwig Graf Martine FDP |
| | 21. 77.0% Fluri Kurt FDP |
| | 22. 76.9% Pelli Fulvio FDP |
| | 24. 76.8% Perrinjaquet Sylvie |
| | 30. 76.3% Markwalder Christa |

Interessant: Christa Markwalders Konkurrent im Ständeratswahlkampf (Adrian Amstutz, SVP) folgt erst auf Platz 46.

tige Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann.

Die FDP wird häufig als Vertreterin der grossen Konzerne abgestempelt, sie stimmt aber öfter im Sinne des Gewerbeverbandes als die SVP!

Die Studie beweist: Die FDP ist die Partei, welche sich umfassend für die kleinen und mittleren Unternehmen und ihre Arbeitsplätze einsetzt. Dabei macht das FDP-Engagement nicht im Parlament Halt: Aktuell sammelt die FDP – unterstützt vom SGV und zahlreichen weiteren Wirtschaftsverbänden – Unterschriften für ihre Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!», dämmt also die KMU-schädliche Regulierungswut ein und setzt sich für bessere Rahmenbedingungen ein.

FDP
Die Liberalen



Keine Bevormundung Schweizer Bürger!

13. Februar 2011

Nein zur trügerischen und untauglichen Waffeninitiative!

Nein!

www.fdp.ch

Zum Gedenken an Peter Spälti

Nach Jean-Pierre Bonny
(gekürzte Version)

Oberst i Gst Peter Spälti ist in den ersten Dezembertagen im Alter von 80 Jahren von seinem schweren Leiden erlöst worden. Mit Peter Spälti tritt eine kraftvolle, in verschiedener Hinsicht bemerkenswerte Persönlichkeit von der Bühne ab. Trotz einer glänzenden beruflichen Karriere als Konzernchef der Winterthur – Versicherungen mit Führungsverantwortungen in verschiedenen international tätigen schweizerischen Grossfirmen war er sich nicht zu schade, seine ausserordentlichen Fähigkeiten in den Dienst seines Landes zu stellen. Trotz starker beruflicher Belastung hat er seine Bürgerpflicht sehr ernst genommen. Als überzeugter Freisinniger wirkte er während vieler Jahre im Gemeinderat von Hettlingen, dann im Kantonsrat von Zürich und schliesslich von 1983–1991 im Nationalrat. Überall hat er markante Spuren hinterlassen.

Als zutiefst überzeugter Anhänger des Milizgedankens war ihm eine leistungsfähige Armee ein Herzensanliegen.

Gerade das Patronatskomitee der Pro Militia bot ihm die willkommene Gelegenheit, seine Überzeugung kraftvoll zu vertreten.

Peter Spälti als ausgeprägte Führungspersönlichkeit duldete eben keine Halbheiten. Er scheute sich nicht, auch unangenehme Wahrheiten beim Namen zu nennen. Dass er dabei ab und zu angestossen ist, nahm er in Kauf.

Einzigartig an ihm als echtem Repräsentanten der Wirtschaft war, dass er bei aller liberalen Gradlinigkeit und Direktheit mit beiden Füßen auf dem Boden der schweizerisch demokratisch und sozial geprägten Realität verhaftet blieb. Peter Spälti hat einmal gesagt: «Es ist in gewissen Kreisen eine Geldklasse entstanden, die leider weit davon entfernt ist, eine moralische oder intellektuelle Elite darzustellen.»

Gerade in der heutigen bewegten Zeit hätte die Schweiz noch einige Leute vom Format Peter Spältis nötig.

Die Krienserin Lucrezia Glanzmann wird Bundesrichterin

Die Rechtsprechung schweizweit mitgestalten

Am 1. Januar 2011 trat die Krienserin Lucrezia Glanzmann ihr Amt als Bundesrichterin an. Sie freut sich auf die neue Aufgabe. Richterin ist für sie nicht Beruf, sondern Berufung.

Interview von der FDP.Die Liberalen Luzern

Sie wurden von der Bundesversammlung ans Bundesgericht gewählt? Wie viele Bewerbungen lagen vor?

FDP-intern mehrere, rund ein Dutzend. Von der parlamentarischen Gerichtskommission befragt wurden fünf Personen. Dem Parlament zur Wahl vorgeschlagen wurden schliesslich zwei Frauen. Dass ich gewählt wurde, freut mich natürlich sehr.

Gibt es bei juristischen Behörden auch einen Wahlkampf?

Ja, allerdings nicht so öffentlich wie bei einem Regierungs- oder Parlamentsmandat. Von der Bewerbung bis zur Wahl verstrichen drei Monate. Ich bewarb mich, musste mich der Gerichtskommission und der Fraktion präsentieren. Es gab eine Reihe Gespräche. Der Wettbewerb war hart, galt es doch, sich gegen die Mitbewerberinnen durchzusetzen. Rückblickend darf ich feststellen, dass diese drei Monate sehr interessant waren, mir hat sich in Bern eine Art neue Welt eröffnet.

Wie ist Ihr Werdegang?

Ich absolvierte ein ökonomisches Grundstudium und das Jusstudium an der Universität St. Gallen, das ich mit Dr. iur. abschloss. Anschliessend absolvierte ich im Ausland ein juristisches Zusatzstudium (Master of Laws LL.M.) und erwarb das Anwaltspatent. Ich arbeitete als Gerichtsschreiberin am Verwaltungs- und Bundesgericht. Seit über zehn Jahren bin ich als Oberrichterin tätig.

Sie sind von der FDP portiert worden? Ist eine Parteizugehörigkeit für die Wahl in juristische Gremien unerlässlich?



Lucrezia Glanzmann

Unser System ist so angelegt, dass es ohne Partei kaum geht, weil man in der Regel von einer solchen portiert wird. Man muss indes nicht zwingend Mitglied einer Partei sein, sollte ihr aber zumindest nahestehen. Ein Richterergremium soll Abbild der Bevölkerung sein und verschiedene Wertvorstellungen umfassen. Das heisst, dass möglichst alle Parteien und verschiedene Lebensauffassungen darin vertreten sind.

Warum engagieren Sie sich in der FDP und nicht in einer anderen Partei?

Ich bin im Kanton Appenzell Ausserrhoden aufgewachsen, einem typischen FDP-Kanton. Politik gehörte zu

unseren Familiengesprächen. Die FDP entspricht meinen Wertvorstellungen.

Frauen stellen ein grosses Wählerpotenzial dar? Mit welchem Programm sollte man sie begeistern, damit sie wählen gehen?

Meiner Meinung nach gehen die Frauen schon wählen, haben aber nicht den Mut, sich für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen. Ich vermute verschiedene Gründe. Einerseits wollen sie sich nicht exponieren, andererseits fehlt ihnen oft die Zeit. Viele Familienfrauen gehen auswärts einer Erwerbstätigkeit nach. Andere engagieren sich in Vereinen und im Sozialbereich. Die Kapazität für ein politisches Amt ist dann einfach nicht vorhanden.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft, persönlich und für die FDP?

Für die FDP erfolgreiche Wahlen mit vielen Stimmengewinnen. Für mich persönlich Gesundheit und Erfolg in meiner neuen Aufgabe. Dass es mir gelingt, mit Augenmass gerecht zu urteilen.

Lucrezia Glanzmann, 45-jährig, verheiratet, wohnhaft in Kriens, Dr. iur., LL.M., 1994–1998 Gerichtsschreiberin am Luzerner Verwaltungsgericht, 1998–2000 in der sozialversicherungsrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts. Seit 10 Jahren Oberrichterin im Kanton Luzern.

Die Herausforderungen als junger Finanzvorstand

«Nägel mit Köpfen machen». Mit diesem Slogan hat er Wahlkampf betrieben. Wie der 29-jährige Philipp Wespi dieses Credo in seiner täglichen Arbeit als Finanzvorstand einer 16 000 Einwohner zählenden Stadt im Zürcher Oberland umsetzt, auf welche Herausforderungen er dabei stösst und welche Lehren er daraus für den Freisinn zieht.

«Herausforderungen existieren, um angepackt zu werden», sagt Wespi, der seit April 2010 die Verantwortung für das 100-Millionen-Budget von Illnau-Effretikon trägt. Als Controller und ausgebildeter Betriebsökonom FH liegt Wespi der Umgang mit Zahlen. Dass er aber bereits in jungen Jahren in die städtische Exekutive (25-Prozent-Pensum) gewählt würde, hätte sich Wespi nicht vorstellen können, als er vor neun Jahren Präsident der örtlichen Jungliberalen wurde.

Die Jungliberalen oder «wie ein Phönix aus der Asche»

Damals war die Herausforderung, dass sich die Jungpartei mangels Mitgliedern auflösen wollte. Wespi aber liess nicht locker und motivierte junge Leute zur Mitarbeit in Partei und Vorstand. «Das innere Feuer muss man wecken, dann läuft es fast von alleine», meint er rückblickend zu den Gründen, weshalb der Mitgliederbestand gewachsen ist und bei den lokalen Parlamentswahlen 2006 auf Anhieb drei Sitze errungen werden konnten. Bei den Erneuerungswahlen 2010 konnten die drei Sitze bei einem Wähleranteil von über 9 Prozent trotz neuen Parteien verteidigt werden, und Wespi zog als jüngster Stadtrat des Kantons Zürich in die städtische Exekutive ein.

Freisinniges Erfolgsrezept?

Anhaltenden Politerfolg betrachtet der junge Stadtrat als eine ständige Herausforderung. Den Erfolg der Jungliberalen Illnau-Effretikon führt er auf drei Faktoren zurück. **Erstens** das Definieren einer langfristigen Personalstrategie und die Bekanntmachung der Gesichter dahinter mit Aktionen und in den Medien. **Zweitens** das konsequente Verfolgen greifbarer und



glaubwürdiger Politziele. Wenige Ziele setzen, diese klar und für alle Wählerschichten verständlich kommunizieren und hartnäckig verfolgen, um

die Resultate dann wiederum zu kommunizieren. **Drittens** das persönliche Engagement und Führen eines kreativen Wahlkampfes. Dabei steht bisher

Erreichtes ebenso im Vordergrund wie Ziele für die neue Legislatur. Kreative Aktionen sind wichtig, um der Bewegung ein Gesicht zu geben und den potenziellen Wähler/-innen Lust am Politisieren zu vermitteln.

Das Amt und seine Tücken

«Als neu gewählter und junger Finanzvorstand erwarteten mich zwei grosse Herausforderungen: meine Rolle im Gremium zu finden sowie ein Ressort mit zwei Abteilungen und rund zehn Mitarbeitenden zu führen. Was Ersteres angeht, so übernehme ich als Finanzvorstand zwar die Verantwortung über die Stadtkasse, trotzdem verfüge ich über die gleichen Ausgabekompetenzen wie meine Stadtratskolleginnen und -kollegen. Auch besitze ich kein Vetorecht, was Ausgabenbeschlüsse angeht. Ich bin also quasi von Amtes wegen gezwungen, die Herzen der Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen, an ihren Verstand zu appellieren, um sie zu überzeugen. Weiter wurde ich vor die Herausforderung gestellt, formell ein Team zu führen, welches im Durchschnitt älter ist, und welches ich meist nur während eines halben Tages pro Woche sehe. Ich packe dies dahingehend an, dass ich meinem Credo treu bleibe und mit Ideen und Taten versuche, den Unterschied zu machen, statt mit leeren Worthülsen um mich zu werfen.»

Die Zukunft

Taten statt nur Worte, das sieht Wespi auch als einzig glaubhaften Weg für den zukünftigen Politerfolg des Freisinns. Tue Gutes, sprich darüber, und zwar so, dass es jeder versteht. In diesem Sinne freut er sich, weiterhin sein Bestes zu Gunsten der freisinnigen Idee zu geben.

Dank den Bilateralen die EU als Chance verstehen!

Wenn wir den bilateralen Weg als unseren Weg, den Schweizer Weg zu Europa, bestätigen, so ist das ein klares Bekenntnis zu langfristig verlässlichen Beziehungen zur EU – unserem wichtigsten Handelspartner. Der Dialog muss aber deutlich ausgebaut werden.

Walter Müller, Nationalrat SG

Als wir kurz nach der Abstimmung zur Personenfreizügigkeit mit der Aussenpolitischen Kommission in Brüssel eine Sitzung hatten, wurde der souveräne Volksentscheid durchwegs mit grossem Respekt und Anerkennung zur Kenntnis genommen. Daraus kann man sehr wohl ableiten, dass vermutlich nicht in allen EU-Mitgliedstaaten ein Volksentscheid zu dieser Frage positiv ausfallen würde. Die Schweiz erfüllt nicht nur konsequent die Maasticht-Kriterien zur Sicherung von Stabilität und Wachstum in Europa, sondern hat mit wiederholten Volksentscheiden die Offenheit gegenüber der EU bestätigt. Nun, wie haben wir auf diese starken Leistungen reagiert?



Europaparlament in Strassburg.

Warum dieser ängstliche Journalismus?

Vermutlich haben Sie die Presse in den vergangenen Monaten zur neu aufgewärmten Europadebatte auch aufmerksam mitverfolgt. Ich habe mir die Frage gestellt: Wie ist vor dem Hintergrund dieser starken Leistungen, den positiven Volksentscheiden, den konstruktiven und hervorragenden wirtschaftlichen Beziehungen, so viel ängstlicher, mit so wenig Selbstvertrauen versehener Journalismus möglich? Ist das möglicherweise ideologisch verbrämter Journalismus, oder kommt da ganz einfach unser mangelndes Selbstvertrauen bei der Aussenpolitik zum Ausdruck. Es mag Sie wohl eher erstaunen, dass ich nicht den Journalisten, sondern viel mehr unserem fehlenden aussenpolitischen Selbstverständnis die Schuld gebe. Das ist zu korrigieren! Die Schweiz steht in einer zunehmend globalisierten Welt vor neuen Herausforderungen. Nicht nur für Unternehmen hat sich der Wettbewerb verschärft, son-

dern auch für die Staaten. Wir müssen heute und für die Zukunft unser Land so aufstellen, dass sich unsere Volkswirtschaft flexibel den sich verändernden Volkswirtschaften, multilateralen Vereinigungen und regionalen Freihandelszonen andocken kann. Es geht also darum, mit einem hohen Mass an aussenpolitischer Flexibilität auf neue Herausforderungen – und davon wird es viele geben – reagieren zu können.

Für zukünftige Verhandlungen gerüstet

Wenn wir uns klar zum bilateralen Weg bekennen, so ist das für unser Land wegweisend. Einerseits bekennen wir uns zum aussenpolitischen Modell der hohen Flexibilität, andererseits schaffen wir eine klare Ausgangslage für künftige Verhandlungen mit der europäischen Union. Diese werden anspruchsvoll bis herausfordernd sein. Nebst weiteren bilateralen Abkommen werden im besonderen Fragen der wei-

teren EU-Rechtsentwicklung, der Marktüberwachung und Rechtsprechung anstehen. Wenn wir in Zukunft erfolgreich verhandeln wollen, so müssen wir uns auf die wichtigsten Interessen unseres Landes, unserer Wirtschaft beschränken, wissend, dass der bilaterale Weg nicht alle Wünsche erfüllen kann, aber auch nicht muss. Dafür stärken wir unsere aussenpolitische Flexibilität mit der Möglichkeit, eigenständig Freihandelsabkommen mit aufstrebenden Wirtschaftsmächten abschliessen zu können.

Eines will ich hier aber auch klar deponieren: Wir müssen ideell, emotional und finanziell unser Engagement in der Aussenpolitik verstärken. Der Dialog mit der EU und den einzelnen Mitgliedstaaten ist deutlich auszubauen. Liebe Freisinnige, der bilaterale Weg wird uns herausfordern, aber auch stark machen. Nehmen wir die Herausforderungen an, und machen wir uns noch stärker!

Entscheid der Delegiertenversammlung vom 16. Oktober in Herisau

Ein klares Signal für den bilateralen Weg

Die fast 300 Delegierten haben das Positionspapier zur Aussenpolitik und EU «Die Schweiz in einer globalisierten Welt» einstimmig angenommen. Damit setzte die FDP ein deutliches Zeichen: Weder der Alleingang, noch der EU- oder EWR-Beitritt sind aktuelle Optionen, sondern der bilaterale Weg hat sich bewährt und ist der Erfolgsweg für die Schweiz.

Das Aussenpolitik-Positionspapier definiert die Strategie für die Schweiz in einer globalisierten Welt. Sie finden es auf www.fdp.ch/themen/positionspapiere.

Nach der Abkehr der SP sitzt die Schweizer Armee in der Falle

Mit der jüngsten Radikalforderung zur Armeeabschaffung haben sich die Sozialdemokraten von einer konstruktiven Sicherheitspolitik verabschiedet. In Kombination mit der Fundamentalopposition der SVP gegen Weiterentwicklungen der Armee wird die politische Basis bedenklich schmal – die Armee sitzt in einer strategischen Falle.

Peter Malama, Nationalrat BS

Die Absage der SP an eine glaubwürdige Sicherheitspolitik verursachte im vergangenen Herbst einiges an Kopfschütteln. Die Jungsozialisten und andere rückwärtsgewandte Ideologen setzten den programmatischen Rückfall der Sozialdemokratie in den Klassenkampf durch. Mit dem Landesstreikargument und der moralischen Verpflichtung gegenüber den von Freikorpsaktivisten ermordeten Radikalsozialisten Liebknecht und Luxemburg überzeugten die Antragsteller den Parteitag, die Armeeabschaffung als konkretes politisches Anliegen ins neue Parteiprogramm zu schreiben. Was bedeutet dieser Schwenker der SP für eine glaubwürdige Schweizer Sicherheitspolitik?

Auch die Versuche einzelner SP-Exponenten in Schadensbegrenzung – die Berner Nationalrätin Evi Allemann etwa liess verlauten, dass sich an der konkreten Parteiarbeit nichts ändern werde – täuschen nicht darüber hinweg, dass sich die Sozialisten auf basisdemokratischem Weg von einer konstruktiven und konsensorientierten Sicherheitspolitik verabschiedet haben. Damit wird die politische Basis für eine Weiterentwicklung der Armee bedenklich schmal, vielleicht gar zu schmal. Denn unverkennbar ist, dass die Volkspartei am anderen Pol am liebsten hinter die Armee reform 95 zurückmöchte. Und zusammen verfügen diese beiden Parteien über eine Mehrheit in der Bundesversammlung.

Armee in strategischer Falle

Dies wäre alles wohl ohne unmittelbare konkrete Folge, würden der Bundesversammlung nicht gerade jetzt zwei Schlüsseldokumente zur Weiter-



Peter Malama

entwicklung von Sicherheitspolitik und Armee zur Beurteilung vorliegen. Und diesen vom VBS mangelhaft vorbereiteten und vom Bundesrat schlud-

rig zurechtgestutzten Konzepten mangelt es bedenklich an Sinn und Orientierung stiftenden Inhalten. Insbesondere mit dem perspektivenlosen und widersprüchlichen Armeebericht hat der Bundesrat wenig Brauchbares zur Problemlösung beigetragen.

Es ist in der jüngeren Geschichte nicht das erste Mal, dass die internationale Lage bezüglich Bedrohung, Chancen und Risiken eher unklare Perspektiven bietet. Umso mehr bräuchte es jetzt Führungsarbeit und als Basis für eine kohärente und langfristig kontinuierlich ausgerichtete Sicherheitspolitik Vertrauen und Akzeptanz. Bisher haben Bundesrat und VBS sich auch beharrlich geweigert, nur schon die politischen Planungsprozesse so anzupassen, dass für die

Sicherheitspolitik und für die Armee überzeugende und breit akzeptierte Zielsetzungen, Aufträge und Konzepte resultieren. Eine moderne und auf die sich rasch wandelnde Welt ausgerichtete Sicherheitspolitik erfordert aber genau dies.

Mit der armeefeindlichen SP in der einen, der illusionistischen Retro-Armee-Verfechterin SVP in der anderen Flanke und einem konzept- und orientierungslosen Departement samt Bundesrat im Rücken hat die Armee als wichtigstes sicherheitspolitisches Instrument eine beispiellos schlechte Ausgangslage. Ob die Mitteparteien FDP und CVP die Kraft haben, den Karren noch einmal aus dem Dreck zu ziehen, wird sich weisen. Die Armee sitzt wahrlich in der Falle.



Die Armee in Bedrängnis.

85 Tage im Amt

Johann Schneider-Ammann zieht eine Zwischenbilanz und legt die Prioritäten fest

Auszug aus der Rede anlässlich der 85-Tage-Medienkonferenz vom 24. Januar 2011.

Am 22. September des letzten Jahres habe ich unmittelbar vor der Annahme der Wahl gesagt: «Ich will einen wertvollen Beitrag zur Weiterentwicklung und zum Zusammenhalt des <Kunstwerks> Schweiz leisten.» Nach den immer noch wenigen Tagen im Amt fühle ich mich bestätigt in der Überzeugung, dass es sich lohnt, mit aller Kraft unsere Werte und unsere Errungenschaften zu pflegen und sie so weiterzuentwickeln, dass wir allen Menschen in diesem Land eine Perspektive in gesicherter und chancenreicher Umgebung eröffnen können. Die Schweiz soll eine **Chancengesellschaft** sein!

Als Volkswirtschaftsminister werde ich mich während meiner Amtszeit mit vollstem Willen und vollster Kraft für die Erhaltung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft einsetzen. Lassen Sie mich die 6 wichtigsten Bereiche zur Stärkung der schweizerischen Wettbewerbskraft kurz ansprechen.

Erstens: Dieses Land verfügt über einen einzigen Rohstoff: Das sind die überdurchschnittlich gut ausgebildeten Menschen. **Bildung, Forschung und Innovation** sind für mich und unsere Zukunft zentral. Gut ausgebildete Menschen auf der ganzen Breite der Begabenskala stärken die Wettbewerbskraft, die Innovation, die Forschung und die Entwicklung im **BFI-Bereich**.

Zweitens: Wir sind ein kleiner, weltoffener Staat. Die **offenen Märkte** lassen uns unsere komparativen Wettbewerbsvorteile nutzen. Ich will auch in konjunkturell schwierigeren Zeiten zusätzliche Märkte öffnen helfen. Insbesondere möchte ich die Freihandelsabkommen mit China, Indien, Indonesien und der Zollunion Russland, Weissrussland, Kasachstan vorantreiben. Wir werden alles daransetzen, dass wir mit den Chinesen inner-



Johann Schneider-Ammann

halb von 24 Monaten zum Abschluss kommen.

Drittens: Unser Verhältnis zum umliegenden Europa ist von zentralster Bedeutung. Einem möglichen Risiko der Diskriminierung unserer auf Wettbewerb ausgerichteten Wirtschaft ist vorzubeugen. Uns interessieren Vereinbarungen im Elektrizitätsbereich, im Pharmabereich, Galileo und der Emissionshandel mit CO₂-Zertifikaten. Zentral für unsere Wirtschaft ist auch, dass wir den maximalen Nutzen aus den EU-Forschungsprogrammen ziehen können. Und natürlich geht es auch um das Agrarfreihandelsdossier, was mich zum nächsten Schwerpunkt führt:

Viertens: Ich will eine starke **Landwirtschaft!** Eine produzierende Landwirtschaft! Eine Landwirtschaft,

die dank Wettbewerbsfähigkeit mit ihren Qualitätsprodukten auch die internationalen Märkte beliefern kann. Die Bauern wissen, dass sie sich dem Markt stellen müssen. Ein Rückfall in den Protektionismus kommt nicht in Frage. Aber: Wir müssen mit vereinten Kräften die hiesige Produktion fördern helfen, Qualitätsprodukte herstellen und auch der Zersiedelung des besten Agrarlandes entgegenreten. Für mich sind die Landwirte Unternehmer. Unternehmer müssen Risiken eingehen, damit sie sich zusätzliche Chancen eröffnen.

Fünfter Schwerpunkt: Nebst der Aussenorientierung ist auch dem **Binnenmarkt** grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Wir arbeiten am Wachstumspaket 2012–2015. Das Kartellgesetz soll verbessert und modernisiert

werden. Zudem ist die Standortförderung zentral. Sie schenkt auch den Randregionen Beachtung. Auch will ich die OECD-Vorschläge für die Fortentwicklung der neuen Regionalpolitik ernsthaft prüfen.

Und last but not least, der **sechste Schwerpunkt:** Ganz entscheidend zur Sicherstellung unserer Wettbewerbsfähigkeit ist auch der **flexible Arbeitsmarkt**. Korrekte, gute Beziehungen zwischen den Sozialpartnern sind ein Standortfaktor. Dies ist mein Credo seit eh und je. Wenn es uns gelingt, die schwierigen Zeiten, zum Beispiel wegen des starken Franken (und des schwachen Euro), mit möglichst geringer Arbeitslosenquote und möglichst wenig Ausgesteuerten zu überwinden, haben wir gemeinsam einen guten Job gemacht.

Ein Kleinunternehmer im Ständerat

Es ist relativ wenig bekannt, dass mit Hans Altherr (FDP, AR, 1950) ein Inhaber eines Kleinunternehmens im Ständerat sitzt und dass er dort eine verlässliche, liberale, gewerbe- und industriefreundliche Politik betreibt.

Als promovierter Jurist hat sich Hans Altherr immer auf ganz verschiedenen Gebieten betätigt. Nach seinen juristischen Studien in Genf und Zürich doktorierte er zum Thema «Das Handelsgericht des Kantons St. Gallen» und arbeitete als Partner in einem Rechtsanwaltsbüro in St. Gallen. Parallel dazu wurde er in seiner Wohngemeinde Trogen AR in den Gemeinderat und bereits mit 31 Jahren zum Gemeindehauptmann (= Gemeindepräsidenten) gewählt. Dieses zeitaufwendige Nebenamt übte er während elf Jahren mit grosser Freude – nicht immer, aber meistens – und Erfolg – nicht immer, aber oft – aus. Daneben war er Jugendgerichtspräsident, Jugendanwalt, Präsident der Betriebskommission eines kleinen Spitals, Präsident des Verwaltungsrats einer kleinen Bahn und Kantonsrat. 1998 wurde er überraschend in die Regierung des Kantons Appenzell Ausserrhoden gewählt. Kurz zuvor hatte er ein kleines Industrieunternehmen, die WEISS AG in Walzenhausen AR, gekauft. Er empfand es als Glück, dass das Amt des Regierungsrates und auch des Landammanns, das er in den Jahren 2000–2003 innehatte, als Hauptamt gilt. Dies erlaubte ihm, die Weiss AG auch während dieser Zeit zu behalten. 2004 wurde Hans Altherr als Nachfolger von Hans-Rudolf Merz in den Ständerat gewählt, worauf er im folgenden Jahr als Regierungsrat zurücktrat.

Die Weiss AG

Die Weiss AG beschäftigt derzeit 21 Mitarbeitende, vor der Krise waren es noch bis gegen 30 gewesen. Sie stellt Werkzeuge für die Bearbeitung von Metallen, vor allem von Nichteisen-Metallen, her. Diese Werkzeuge sind mit Industrie-Diamanten oder ähnlich harten Materialien besetzt und werden zum grössten Teil als Sonderwerkzeuge mit viel manuellem Aufwand hergestellt. Hauptabnehmer sind die



Hans Altherr

Automobilindustrie und deren Zulieferfirmen. Die Krise hat den Betrieb stark getroffen. Ende 2008 sank der Umsatz von einem Monat auf den andern um fast 50 Prozent. Ohne die Möglichkeit der Kurzarbeit hätte die Firma den Betrieb wohl einstellen müssen.

Herausforderung Frankenstärke

Heute bildet der aus der Sicht des exportierenden Unternehmens schlechte Wechselkurs die grösste Herausforderung. Etwa die Hälfte der Verkäufe muss in Euro fakturiert werden. Auf der Ausgabenseite machen die Löhne über 60 Prozent aus. Etwa 10 bis 20 Prozent (je nach Investitionen) können in Euro eingekauft werden. Eine Verschlechterung des Euro-Kurses um 10 Prozent führt zu einer Umsatz- und

Gewinneinbusse von gegen CHF 200 000.–. Eine Währungsabsicherung ist zwar möglich, nützt aber nur für kurze Zeit. Ins Ausland kann die Produktion nicht verlagert werden, zum einen wegen des grossen Know-hows der Mitarbeitenden, zum andern weil die Kundennähe und kurze Lieferfristen auch bei komplizierten Sonderwerkzeugen die Hauptstärke des Unternehmens sind.

Preissteigerungen sind am Markt nur schwer durchzusetzen. Warum ruft Hans Altherr selbst in dieser schwierigen Situation nicht nach dem Staat? – Sein liberales Credo hindert ihn daran. Für einen besseren Wechselkurs kann der Staat nicht sorgen. Punktuelle Hilfe würde nur Ungerechtigkeiten schaffen und Gelüste anderer wecken. Der Staat soll sich an seine Kernauf-

gaben halten und die sich ihm dort stellenden Probleme lösen. Was er machen kann ist, für bessere Rahmenbedingungen zu sorgen und Bürokratie abzubauen. Das Wechselkursproblem ist eines des exportierenden Unternehmers. Er muss sich ihm stellen und es innovativ angehen. Nur mit neuen Produkten, die dem Kunden zusätzliche Wertschöpfung bringen, können höhere Preise erzielt und damit die Kursverluste aufgefangen werden. Helfen könnte hier eine Neuauflage des Innovationschecks für kleine und mittlere Unternehmen!

Im Übrigen gilt in der Politik wie im Unternehmen: Die Probleme sind bekannt. Es genügt nicht, wenn wir sie als Herausforderungen bezeichnen. Wir müssen sie anpacken! Sofort!

Delegiertenversammlung «Einwanderung»

Das Online-Forum der *FDP.Die Liberalen* sorgt für kontroverse Diskussionen

Die Delegiertenversammlung der *FDP.Die Liberalen* entscheidet am 12. Februar 2011 in Zürich über das Massnahmenpapier «Einwanderung gezielt steuern zum Nutzen der Schweiz».

Der wirtschaftliche Erfolg der Schweiz und das ungenügende Angebot an einheimischen Arbeitskräften haben unser Land zu einem Einwanderungsland gemacht – mit vielen positiven, aber auch negativen Folgen.

Die FDP will die Vorteile der Einwanderung verteidigen und gleichzeitig die Probleme entschlossen anpacken. Aus diesem Grund präsentiert die *FDP.Die Liberalen* an der nächsten Delegiertenversammlung im Kongresshaus in Zürich ihre Massnahmen zur Einwanderungspolitik.

Das Massnahmenpapier der FDP beinhaltet drei Kapitel: die Einwanderung aus Drittstaaten, die Einwanderung aus der EU sowie die Herausforderungen der Einwanderung. Die Einwanderung ist wichtig für unser Land, braucht aber konsequente Kontrolle

und Leitplanken. Mit den Forderungen der FDP soll das Asylwesen strenger geregelt werden und so Missbrauch ein Riegel vorgeschoben werden.

In Vorbereitung dazu hat die FDP ein Online-Diskussionsforum aufgeschaltet. Den ganzen Januar konnte diskutiert werden: Jede Forderung verfügte über eine eigene Kommentarfunktion, mit welcher sich ein Beitrag direkt auf die Seite schalten liess. Die Reaktionen liessen nicht lange auf sich warten: Bereits kurz nach der Aufschaltung folgten schon die ersten Kommentare zu den Forderungen.

Es war vor allem das Thema «Einwanderung aus Drittstaaten», welches den Leuten im Forum zu reden gab. Das Fazit war: Die meisten begrüsst den Schritt der FDP, ein Massnahmenpapier mit klaren und transparenten Forderungen zu lancieren. Es gab vereinzelt auch einige negative Stimmen, welche der FDP vorwarfen, nicht einen eigenen Kurs zu fahren und sich von populistischen und wahlstrategi-



Startseite des Internetforums.

schen Einflüssen lenken zu lassen. Die Mehrheit der Leute hat aber bemerkt, dass die *FDP.Die Liberalen* einen klaren und konsequenten Weg geht, wenn

es um Einwanderung geht – und dies bereits seit Jahren!

Mitkommentiert hat im Forum unter anderem auch ein national bekanntes Gesicht: Nationalrat Philipp Müller aus dem Aargau diskutierte fleissig die Bemerkungen der Benutzer und konnte so einige Inputs bekräftigen oder widerlegen. Seine Mitarbeit hat nicht zuletzt zur Lebendigkeit der Diskussion beigetragen.

Total wurden in dieser Zeit über 200 Kommentare verfasst. Das Fazit der FDP: Die Idee mit dem Forum ist positiv zu werten – die Leute konnten sich mit dem Massnahmenpapier auseinandersetzen und konkret zu einzelnen Forderungen Stellung nehmen. Als Zielpublikum sollten alle Personen angesprochen werden – d. h. nicht nur Mitglieder der FDP, sondern alle Bürger, im besten Fall sogar potenzielle Neumitglieder.

Nun sind wir gespannt auf die DV vom 12. Februar. Wir hoffen, möglichst viele Delegierte in Zürich begrüßen zu dürfen, und freuen uns auf spannende und kontroverse Diskussionen!



Integration ist Bestandteil der Einwanderungspolitik.

Wahlen 2011

Auf dem Weg zu 20 Prozent Wähleranteil

Die National- und Ständeratswahlen 2011 werden wegweisend sein für die Zukunft unserer Schweiz. Die FDP bereitet sich systematisch darauf vor. Wichtige Zwischenziele auf strategischer und operativer Ebene sind erreicht. Am Schluss wird das Engagement jedes Einzelnen den Unterschied machen.

Fulvio Pelli hat 2005 die Partei in einer schwierigen Phase übernommen und seither mit seinem Führungsteam verschiedene Massnahmen personeller, inhaltlicher wie auch organisatorischer Art eingeleitet. All diese Bestrebungen dienen dem Ziel, unsere FDP – das liberale Original – wieder zu stärken. Einiges ist geschehen, anderes braucht mehr Zeit oder verlangt von uns allen ein noch stärkeres Engagement. Doch die Fortschritte sind unbestreitbar: Die FDP kann mit zwei topmotivierten Bundesräten in die Wahlen gehen. Die Fraktion in Bundesbern arbeitet immer geschlossener. Der Zusammenschluss mit den Liberalen hat in der Romandie die erhoffte Wirkung erbracht. Gleichzeitig wurde auch die organisatorische Schlagkräftigkeit verbessert. Heute verfügt die FDP über eine Adressdatenbank, eine moderne Webseite sowie über innova-

tive Wahlkampfinstrumente wie Web2Print.

Klare Positionen

FDP. Die Liberalen politisiert wirtschaftlich liberal, finanzpolitisch konsequent und gesellschaftspolitisch offen. Wir setzen uns ein für mehr und bessere Arbeitsplätze und sorgen so für einen attraktiven Werk-, Finanz- und Forschungsstandort. Ein übergeordnetes Ziel ist ebenso die Sicherung unserer Sozialwerke durch rechtzeitige Reformen, um den nationalen Zusammenhalt zu stärken. Drittes Kernthema ist der Kampf gegen die Bürokratie. Die FDP fordert seit langem einfachere Regeln, transparentere Verfahren und effizientere Prozesse.

Volksinitiative

«Bürokratie-Stopp!»

Die Regulierungswut schreitet voran.



Einsatz auf der Strasse – in Lausanne ...

Verbote schränken die Freiheit ein, Vorschriften behindern den Erfindergeist und kosten Geld, welches für Arbeitsplätze fehlt. Hier sagen wir

Stopp! und setzen ein Zeichen mit unserer Volksinitiative. Diese fordert das Recht auf einfache, verständliche Gesetze sowie auf deren unbürokratische und rasche Anwendung durch Verwaltung und Gerichte.

Engagement macht den Unterschied

Das Ziel der FDP ist es, wieder einen Wähleranteil von 20 Prozent zu erreichen. Dies ist möglich, die Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Unsere Partei ist heute auf kommunaler wie kantonaler Ebene zum Teil mit Abstand die stärkste Kraft. FDP-Exponentinnen und Exponenten auf allen Stufen machen tagtäglich einen verantwortungsvollen Job und eine Politik für die Bürgerinnen und Bürger. Auf diese starke Verwurzelung, diesen unbestreitbaren Leistungsausweis starker Persönlichkeiten setzen wir.

Wenn wir es im Herbst schaffen, dieses liberale Potenzial an Wählerstimmen zu mobilisieren, gehören wir zu den Gewinnern. Wir engagieren uns – **aus Liebe zur Schweiz!**



... und in Luzern.

«Aus Liebe zur Schweiz – mit Mut und Verstand»

Der nationale Vorstand und die kantonalen Parteipräsident/-innen haben Anfang Dezember beschlossen, mit dem Slogan «Aus Liebe zur Schweiz» in den Wahlkampf zu ziehen. Von Parteimitgliedern auf allen Stufen und aus der ganzen Deutschschweiz wollten wir wissen: Was bedeutet der neue Slogan für Sie?



«Wenn jemand die Schweiz, ihre Geschichte, Traditionen, Vielfalt und Freiheiten liebt, sorgt er und sie auch dafür, dass die populistischen Kräfte rechts und links in die Schranken gewiesen werden. Unser Land lebt von bürgerfreundlicher und lösungsorientierter – eben liberaler – Politik und von Leuten, die bereit sind, in jedem Lebensbereich Verantwortung zu übernehmen.»

Christa Markwalder,
Nationalrätin, Burgdorf

«Der Slogan «Aus Liebe zur Schweiz» ist der Beweggrund für die politische Arbeit, welche FDP-Politikerinnen und -Politiker in den verschiedenen Räten und Kommissionen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene leisten. Für mich als junge Politikerin bedeutet er zudem, die Verbindung zwischen heute und morgen sicherzustellen und mit innovativen Ideen und neuen Lösungsansätzen für die Zukunft «Schweiz» zu arbeiten.»

Nicole Cathry,
Gleichstellungskommission Uri,
Altdorf



«Ich liebe unsere Schweiz, weil sie vielfältig, anders, einzigartig, das Werk freier Sinne ist. Und weil unser Liberalismus zuerst die Freiheit des Menschen meint.»

Thomas Brändle, Schriftsteller
und alt Kantonsrat, Unterägeri

«Seit über 150 Jahren prägen wir Liberale die Entwicklung unseres Landes. Diese Erfolgsgeschichte werden wir auch in Zukunft mitgestalten. Wer so treu Verantwortung trägt, der liebt!»

Peter Schilliger,
Präsident der FDP.Die Liberalen
Luzern, Udligenswil

««Aus Liebe zur Schweiz» beschreibt für mich die Quelle und den Antrieb politischen und liberalen Handelns. Ohne diesen Antrieb wären innovative Lösungen unmöglich.»

Andrea Seiler, Vorstand
Jungfreisinnige TG, Basadingen



««Aus Liebe zur Schweiz» nehme ich als intime Aufforderung wahr, zu unserem Land wirklich Sorge zu tragen. Die schweizerische Einmaligkeit, Eigenartigkeit und Lauterkeit verdienen unseren Schutz vor fremden Einflüssen und Machenschaften.»

Daniel Noser,
alt Grossrat, Biberstein

«Aus Liebe zur Schweiz stehe ich als Freisinniger für die Grundsätze der Demokratie und unsere Grundwerte ein. Aus Liebe zur Schweiz übernehme ich als Bürger die Eigenverantwortung. Aus Liebe zur Schweiz mache ich mich stark für unser Milizsystem sowie die Sicherheit und Freiheit in unserem Lande.»

Pius Müller,
Gemeinderat, Rickenbach

«Der Slogan gefällt mir, kurz und prägnant! Die Aussage des Slogans ist meine Motivation, mich politisch zu engagieren.»

Kathrin Hayoz,
Vizepräsidentin GGR, Lyss



««Aus Liebe zur Schweiz» finde ich ein inhaltlich starkes Motto. Es sagt aus, wofür wir einstehen. Der Slogan entspricht genau meiner Motivation, mich täglich persönlich zu engagieren.»

Martin Gredig,
Parteimitglied, Tamins/Poschiavo

««Aus Liebe zur Schweiz». Ich gratuliere zu diesem neuen Slogan recht herzlich. Ja, das sagt uns alles. Sorge zur Schweiz und nicht auf einer extremen Basis, Nein ganz einfach die Meinung und Einstellung der FDP.»

Karl Bürge,
Parteimitglied, Andwil

«Der Slogan erinnert daran, wofür wir politisieren: Wir wollen das Beste für die Schweiz und deren Bevölkerung. Für mich bedeutet das eine starke Schweiz mit mehr Freiheit und Eigenverantwortung fürs Volk.»

Linda Brunner,
Wahlkampfleiterin Jungfreisinnige
Schweiz, Frauenfeld

Die Weihnachtszeit gibt uns Anlass, einmal innezuhalten. Wir können Vergangenes und Zukünftiges, Erinnerungen und Erwartungen, Vorhandenes und Neues bedenken. Wir wollten von unseren Politikern wissen, wie sie die ruhigere Zeit verbringen.

Weihnachtsgefühle in Engelberg

Weihnachten und Neujahr ist für mich die Zeit, zurückzukehren zu meinen Wurzeln, nach Engelberg. Dieses Jahr haben es die Engel besonders gut gemeint und liessen die grossartige Bergwelt – den erhabenen Titlis, die zerklüfteten Spannörter, den Hahnen, der wie eine Bischofsmütze über dem Klosterdorf thront – während Tagen im schönsten Sonnenschein erstrahlen. Der magischen Wirkung von Titlis und Jochpass auf die Skifahrer konnte auch ich mich nicht entziehen. Doch Engelberg hat weit mehr zu bieten als schnelle Pisten und attraktive Sonnenterrassen. Hier bin ich aufgewachsen, hier erwachen Heimatgefühle, wenn ich durch die Dorfstrasse schlendere,

da und dort zu einem schönen Glas Wein einkehre und mich zum «Plagieren» mit Gschpänli aus der Schulzeit, aus dem Dorf und vielen mir bekannten Feriengästen treffe, die schon seit Generationen nach Engelberg kommen. Apropos bekannte Feriengäste: Über die Feiertage fand sich Politprominenz aller Couleur in Engelberg ein. Die herrliche Arena der Engelberger Bergwelt zaubert auf die prominenten Gesichter – die wir aus der Polit-Arena ganz anders kennen – Zufriedenheit, Toleranz, Wohlbefinden und Freude. Da kommen wirklich weihnachtliche Gefühle auf ...

Ruedi Waser, Präsident der FDP.Die Liberalen Nidwalden



Adventszeit zu Hause



Es klingt so alltäglich, so normal und dennoch: Wir müssen uns die Zeit für Besinnlichkeit und Rückblende – also der Adventszeit – auch wirklich nehmen wollen. Gerade wenn eine Familie diese Zeit zu Hause für sich geniessen will. In einer Gesellschaft, getrieben von Dynamik und stetiger Veränderungen, besteht die Gefahr des Zuwenig-inne-zu-Halten. In der Zeit vor Weihnachten bis zum Jahresende wollen offenbar viele Menschen «noch schnell» dies und das erledigen. Ist das gut so?

Unsere vierköpfige Familie hat von Weihnachten bis Neujahr das Motto «wegen zu geschlossen» bestimmt mit

ironischem Blick auf den Trubel rundherum. Für uns bedeutet dies Zeit exklusiv für die Familie, also füreinander. So sind wir im schönen und ausnahmsweise verschneiten Zug geblieben und haben im gemütlichen Rahmen und viel kulinarischen Versuchungen eine erholsame Zeit verbracht. Wieder einmal länger und ausgedehnt miteinander über Gott und die Welt zu sinnieren, hat sich fast von selbst ergeben. Wie heisst es doch so schön: «...denn das Gute liegt so nah.» In diesem Sinne wünsche ich allen ein tolles und gesundes 2011.

Ivo Romer, Stadtrat Zug

Gewohntes ungewohnt geniessen

Wer während des Jahres viel unterwegs ist, schätzt die Ruhe ohne Verpflichtungen am Jahresende. Weil es auch bei mir in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr keine fremdbestimmten Termine, Sitzungen und fast keine Mails gibt, habe ich über diese Tage selbst in der gewohnten Umgebung meines Büros keine alltägliche, sondern schon fast feierliche Stimmung geniessen können.

Begonnen habe ich die Festtage am letzten Tag der Wintersession mit dem traditionellen Sessions-Apéro, zu dem mich trotz Schneesturm und vielen Geschäftsessen über 100 Gäste besucht haben, um meinem Sessionsbericht zu folgen und auf die Festtage anzustossen. Heiligabend haben wir dann im engen Familienkreis mit Frau und unseren beiden (erwachsenen) Kindern zu Hause gefeiert, am Tag

darauf Weihnachten mit Freunden und einer Wanderung auf «meinen» Hausberg im Tösstal, den Schauenberg.

Die Ausnahme von diesen ruhigen Festtagen bildete der Final des Spengler-Cups, zu dem wir an Silvester nach Davos gereist sind, um dann den Jahreswechsel schon wieder ruhig zu Hause zu feiern. So ruhig jedenfalls, dass wir am Neujahr bereits wieder auf der Hundwiler Höhe weit über dem

Nebelmeer und unter blauem Himmel zu Mittag essen konnten. Mit dieser unvergesslichen Aussicht über die wunderschöne Ostschweiz hat dieses Jahr einen beschaulichen, erholsamen Anfang genommen.

Markus Hutter, Nationalrat und Vizepräsident der FDP.Die Liberalen

Waffeninitiative

Bürokratie fördern für mehr Scheinsicherheit?

Am 13. Februar stimmt das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» ab. Diese Initiative will insbesondere das Sturmgewehr der Armeeangehörigen ins Zeughaus verbannen und ein nationales Waffenregister erstellen. Die Initiative schädigt aber die Armee, die Jagd sowie den Schiesssport und fördert den Schwarzmarkt. Deshalb lehnt die FDP diese Initiative strikte ab.

«Sicherheit schaffen» ist das erklärte Ziel der Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt». Kann dieses Ziel mit einem bürokratischen Register oder mit der Entmündigung des Schweizer Soldaten – indem man ihm seine persönliche Ordonanzwaffe wegnimmt – erreicht werden? Nein!

Ein nationales Waffenregister schafft nicht mehr Sicherheit

Die Befürworter gaukeln vor, dass man ohne nationales Waffenregister nicht wisse, wer eine Waffe besitzt. Das stimmt nicht. Die Kantone führen entsprechende Register und sind darüber informiert, wer eine Waffe besitzt. Das Problem hierbei sind die illegalen Waffen, welche aber auch in einem nationalen Waffenregister nicht aufgeführt würden. Ein derartiges Register wäre nur eine Doppelspurigkeit ohne jeglichen ersichtlichen Nutzen und somit wiederum unnötige Bürokratie.

Die Hürden für den legalen Kauf einer Schusswaffe wären so hoch, dass der Weg, eine illegale Waffe zu kaufen, einfacher wäre, als derjenige über den legalen Weg. Bei einer Annahme würden wir also nicht besser, sondern schlechter wissen, wer eine Waffe besitzt, trotz nationalem Waffenregister.

Bevormundung der Bürger

Die Abgabe der Ordonanzwaffe ist ebenfalls eine trügerische Lösung, um Sicherheit zu schaffen. Die grosse Mehrheit der Armeeangehörigen geht sehr verantwortungsvoll mit der Ordonanzwaffe um. Der Entzug dieser Waffe wäre ein Zeichen, dass man dem Schweizer Bürger nicht mehr vertraut und auch nicht zutraut, mit einer Waffe umzugehen. Auch muss beachtet

werden, dass Suizide mit der Armee-Waffe in den letzten Jahren deutlich seltener geworden sind. Dies als Folge der bereits getroffenen Massnahmen, wie zum Beispiel dem Einzug der Taschenmunition. Ausserdem schafft das Wegschliessen der Ordonanzwaffe diverse weitere Probleme. Die Lagerung der Waffen müsste in Zeughäusern erfolgen. Doch dort fehlt Platz und Personal, um dies unter den nötigen Sicherheitsvorschriften durchzuführen. Die jährlichen Kosten würden sich auf 11,4 Millionen Franken belaufen. Die Reduktion der Zeughäuser der letzten

Jahre hat ausserdem bewirkt, dass zum Teil sehr weite Strecken zum nächsten Zeughaus zurückgelegt werden müssten. Dies wäre eine Farce für jeden Dienstleistenden, der vor und nach dem obligatorischen Schiessen sowie dem Wiederholungskurs sein Waffe dort holen bzw. wieder abgeben müsste. Unter solchen Umständen wird es immer unattraktiver, den Militärdienst zu absolvieren. Dies stellt die Armee vor weitere Probleme. Es würde auch das Ende unserer Schiessstradition bedeuten. Der Schiesssport lebt davon, dass die Bürger ihr Sportgerät zu Hau-

se haben. Nur so sind Traditionen wie das eidgenössische Schiessfest aufrechtzuerhalten.

Fazit

Die Initiative schadet unserer Armee, dem verantwortungsbewussten Bürger und dem Schiesssport, ausserdem werden keine Probleme gelöst. Mit einer Scheinlösung wird anstatt Sicherheit Bürokratie geschaffen.

Folgen Sie der einstimmigen Parole der FDP-Parteipräsidentenkonferenz, und lehnen Sie diese Initiative ab.



Engagement für ein erfolgreiches Wahljahr 2011 und weniger Bürokratie

Das Jahr 2011 ist ein sehr wichtiges für die *FDP.Die Liberalen*. Einerseits finden im Oktober die nationalen Parlamentswahlen statt, bei welcher das erklärte Ziel 20 Prozent Wähleranteil ist, und andererseits befinden wir uns mit unserer Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» in einer Bewährungsprobe – im Kampf gegen die Bürokratie und beim Unterschriftensammeln. Um das Ziel zu erreichen, sind drei Dinge entscheidend: Engagement, mehr Engagement und noch mehr Engagement!

Mit der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» haben wir ein geeignetes Mittel, um unnötige und überbordende Bürokratie zu eliminieren. Diese Initiative ist nicht wie eine von anderen Parteien praktizierte Problembeurteilung, sondern löst ein Problem effizient.

Um unnötige Bürokratie für Bürgerinnen und Bürger sowie KMU abuschaffen, müssen wir als Erstes die 100 000 Unterschriften für die Initiative sammeln. Engagement ist hierfür unausweichlich. Die Erfahrungen der



Angst vor dem Bürokratiemonster? Die FDP schafft Abhilfe.

ersten Sammelmonate haben gezeigt, dass es dem Bürger ein Anliegen ist und er gerne unterschreibt. Er empfindet Bürokratie als grosses Problem unseres Staates (vgl. Grafik unten).

Es ist nun an uns allen, Möglichkeiten zu schaffen, damit unsere Initiative unterschrieben wird. Dafür bieten sich Aktionen am Arbeitsplatz, bei Freunden oder aber bei den Ortsparteien und

vor allem an den nationalen Sammeltagen an.

An den nationalen Sammeltagen ist geplant, dass in jedem Kanton und in so vielen Ortsparteien wie möglich gleichzeitig gesammelt wird. Es werden gemeinsame Standaktionen stattfinden, welche auch medial verwertet werden können. Ihre Kantonalpartei oder das Generalsekretariat gibt Ihnen gerne weitere Informationen. Die Daten der nationalen Sammelstage finden Sie in der Box. Reservieren Sie sich diese Daten bereits jetzt für weniger Bürokratie und ein erfolgreiches Wahljahr 2011. Die FDP ist sich sicher, dass Ihr Engagement für weniger Bürokratie und für die Partei uns diese Ziele erreichen lässt. Wir möchten Ihnen bereits im Voraus für den grossen Einsatz danken!

Aktuelle politische Ziele in der Schweiz

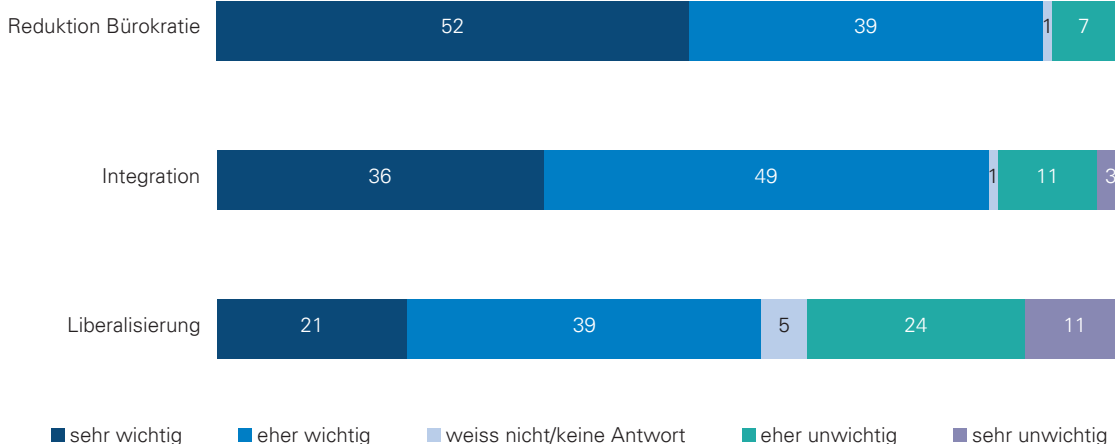
"Wir haben hier einige aktuelle politische Ziele in der Schweiz ausgewählt. Beurteilen Sie bitte spontan, ob für Sie die Erreichung dieser Ziele sehr wichtig, eher wichtig, eher unwichtig oder sehr unwichtig ist."

Reduktion Bürokratie "Reduktion der staatlichen Bürokratie und Gesetzesdichte."

Integration "Integration von Ausländerinnen und Ausländern."

Liberalisierung "Weitere Liberalisierungsschritte im Post-, Bahn-, Strom- und Telekommunikationsnetz."

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern, Sorgenbarometer, September 2010 (N = 1010)

Daten der nationalen Sammelstage:

Samstag	12. März 2011
Samstag	30. April 2011
Samstag	2. Juli 2011
Samstag	20. August 2011
Samstag	10. September 2011
Samstag	8. Oktober 2011

Grosse Unterstützung der Verbände für die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!»

Die Wichtigkeit der Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» ist nicht nur anhand der bereits viel zitierten Studie des Schweizerischen Gewerbeverbands abzulesen. Die Anzahl Stunden, aufgewendet für administrative Arbeiten für den Staat oder die Regulierungskosten, können den Schaden von Bürokratie illustrieren. Zu diesen Kosten kommen aber zusätzliche, nicht quantifizierbare Kosten hinzu.

So musste z.B. die BKW FMB Energie AG ihre Ziele, mit erneuerbaren Energien einen grösseren Teil der Stromproduktion zu realisieren, herunterschrauben. Sie hatte nicht damit gerechnet, dass sie auf derart grossen bürokratischen Widerstand stossen würde. Die Realisierung eines Windkraftwerkes dauert bis zu neun Jahren.

Der Stapel von Bewilligungen und Nachweisen türmt sich für eine Anlage bis zu einem halben Meter. Bis zu 30 verschiedene Behörden mussten für eine Anlage angegangen werden.

Ein weiteres Beispiel ist die Verhinderung eines Solarskiliftes. Ein Umweltverband hat den Betreibern das Zertifikat verweigert, welches ihnen ermöglicht hätte, den Strom teurer zu verkaufen. Der Grund: Die Panels wurden nicht, wie in den Statuten verlangt, auf einem Dach installiert.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass die administrativen Kosten um ein Vielfaches grösser sind als bisher angenommen und Bürokratie viel mehr Schaden anrichtet als gedacht.

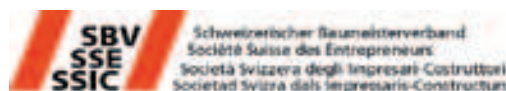
Diesem grossen Problem für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und,

wie oben beschrieben beispielsweise auch der Umwelt, nimmt sich nun die Volksinitiative an. Nebst der FDP haben sich etliche Verbände querbeet den Abbau von übermässigen Regulierungen, unnötigen Gesetzen und schädlichen Vorschriften auf ihre Fahne geschrieben. Entsprechend gross ist die Unterstützung unserer Initiative. Sämtliche Dachverbände aus der Wirtschaft, diverse Branchen- und kantonale Wirtschaftsverbände stehen hinter unserem Initiativbegehren. Sie alle sind überzeugt: Die Volksinitiative «Bürokratie-Stopp!» ist der richtige Weg, schädliche Bürokratie abzubauen. Jeder Verband mit anderen Beweggründen, jedoch dem gleichen Ziel: weniger Bürokratie – aus Liebe zur Schweiz!

**An dieser Stelle:
Herzlichen Dank an alle uns unterstützenden Verbände!**

Wahlbarometer

Nach Redaktionsschluss wurde das SRG-Wahlbarometer veröffentlicht: Die FDP legt auf 17,7 Prozent zu und liegt gleichauf mit der SP. Die Ziele, 20 Prozent Wähleranteil und zweitstärkste Partei, sind realistisch. Klare Positionen lohnen sich: Bei der wichtigen Europafrage halten uns 26 Prozent für die glaubwürdigste Partei. Das überwältigende Nein zum EU-Beitritt und das Ja zu den Bilateralen zahlen sich aus. Lesen Sie mehr dazu in der kommenden Ausgabe vom 24. März.



Zunehmende Widerstände gegen Wind- und Wasserkraft

Die Akzeptanz fehlt, nicht das Geld

Die Subventionierung der neuen erneuerbaren Energien (neE) hat in der Schweiz nicht einen guten Start erwischte. Das Geld steht zwar bereit. Nur scheitert die Realisierung zahlreicher Projekte an den vielerorts wachsenden Widerständen gegen die Wind- und die Wasserkraft. Auch die schwerfälligen langwierigen Planungs- und Bewilligungsverfahren erschweren den Fortschritt.

**Dr. Martin Pfisterer, Präsident
sol-E Suisse AG und JUVENT SA***

Wie der Bundesrat am 19. Mai 2010 in der Beantwortung einer Interpellation von Nationalrat Laurent Favre bekannt gegeben hatte, hapert es bei der Umsetzung der erst Anfang 2009 eingeführten Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Für 2009 standen 249 Millionen Franken bereit, gespiessen durch den Strompreisaufschlag von 0,45 Rappen pro Kilowattstunde. Nur gerade 45 Millionen Franken, also knapp 20 Prozent, konnten für die KEV verwendet werden. Die restlichen 204 Millionen wurden teils für anderweitige neE-Förderprogramme eingesetzt, teils zurückbehalten. Von Rückerstattung an die Stromkunden ist nicht die Rede.

Was sind wohl die Gründe für dieses ernüchternde Ergebnis der ersten KEV-Bilanz? Gemäss den umfangreichen praktischen Erfahrungen der beiden BKW-Tochtergesellschaften JUVENT SA und sol-E Suisse AG wird von Politik und Gesellschaft oft eine Kluft übersehen, die sich rasch auftut und schweizweit immer grösser wird. Es geht um die Kluft zwischen dem allgemein ausgezeichneten Image der neE einerseits und der im konkreten Fall im Jura wie in andern Landesgegenden auf immer heftigere Opposition stossenden neE-Realisierung an-



Dr. Martin Pfisterer

derseits. «Wunderbar, aber nicht bei mir!» So ertönt es immer lauter, ungeachtet der Parteifarbe. Ungeachtet auch, ob es sich um Projekte in den Bereichen Windkraft, Biomasse oder Kleinwasserkraft handelt.

Dieser wachsenden Opposition kommt unser komplexes föderalistisches Planungs- und Bewilligungsverfahren entgegen. Da lässt sich gleich auf allen drei Ebenen von Bund, Kantonen und Gemeinden Sand ins Getriebe streuen. Und der Bundesrat leistet diesem erschwerenden Umstand gar noch Schützenhilfe, wenn auch wohl ungewollt. So lehnte er am 24. Februar 2010 die Motion von Nationalrat Sep Cathomas zur Beschleunigung und Straffung der Bewilligungsver-

fahrens ab, und zwar aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit.

Wenn der Staat die neE tatsächlich fördern will, so muss er nicht primär Geld zur Verfügung stellen. Viel wichtiger ist in unserem kleinen, dicht besiedelten und schönen Land, dass er:

1. Bei Bevölkerung und Umweltorganisationen auch für lokale und regionale Akzeptanz bei der Projektverwirklichung sorgt

2. Die Verfahren strafft und eine leitende Behörde mit der Kraft zu deren rechtskonformen und fristgesteuerten Abwicklung ausstattet

Erfolgt dies nicht, so werden die bestehenden Hindernisse die Erreichung der bis ins Jahr 2030 gesetzten neE-Ziele wohl verunmöglichen.



Das von der BKW geführte grösste schweizerische Windkraftwerk mit 16 Grossturbinen auf Mont Crosin/Mont Soleil im Berner Jura.

*Die sol-E Suisse AG betreibt und entwickelt derzeit schweizweit rund 200 Anlagen in den Bereichen Wind-, Sonnen-, Biomasse- und Kleinwasserkraft. Die JUVENT SA betreibt seit 1996 das grösste schweizerische Windkraftwerk im Berner Jura. Beides sind Tochtergesellschaften der BKW FMB Energie AG.

Die Wirtschaftspolitik von morgen ist die Energiepolitik von heute

Energie ist eine der wichtigsten Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplätze und den Wohlstand der Schweiz. Energie ist für jede Volkswirtschaft eine strategische Ressource, deren Verfügbarkeit und Preis wesentlich die Leistungsfähigkeit und damit in entscheidendem Ausmass die Konkurrenzfähigkeit eines Landes mitbestimmt.

**Giancarlo Weingart, Vorstand
Jungfreisinnige Schweiz, Leiter
AG Technologie und Infrastruktur,
Bauingenieurstudent**

Für die Wettbewerbsfähigkeit von morgen ist die Energiepolitik von heute entscheidend. Energiepolitik ist deshalb ein massgebender Teil der Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grund sind wir auf eine gute und sichere Versorgung angewiesen. Um auch für die produzierende Industrie ein attraktiver Standort zu bleiben, müssen wir eine unabhängige und preisstabile Energieversorgung gewährleisten können.

Wir sind auf Kurs, was die Energieeffizienzmassnahmen angeht. Im Bereich der Gebäude ersetzt man Ölheizungen durch Wärmepumpen und senkt den Energiebedarf durch bautechnische Verbesserungen, wie etwa Dämmungen und bessere Verglasungen. Bei der Mobilität wird man in Zukunft vermehrt auf den Öffentlichen Verkehr und die Elektromobilität setzen. Alle diese Massnahmen zur Reduktion des CO₂-Ausstosses haben eines gemeinsam: Sie brauchen elektrische Energie. In Zukunft müssen wir jedoch mehr Strom produzieren. Die Nachfrage wird steigen, und wir können durch die Effizienzmassnahmen keine Stagnation der Nachfrager erreichen. Daher müssen wir uns überlegen, wie wir den zukünftigen Strombedarf decken können.

Im Jahr 2013 gehen die Kernkraftwerke Beznau I, Beznau II und Mühleberg sukzessive vom Netz. Zusätzlich beginnen die Importverträge mit Frankreich im Jahre 2018 auszulaufen. Unter dem Strich haben wir im Jahr 2020 zu wenig Strom. Die erneuerbaren Energien werden diese Lücke trotz allen Bemühungen nicht schliessen



Kernkraftwerk Gösgen

können. Daher brauchen wir für die Zeit, bis die erneuerbaren Energien diesen Bedarf decken können, eine Brückentechnologie, die diese Mengen an Strom zu einem angemessenen Preis produzieren kann und sich mit unseren CO₂-Emissionszielen verträgt. Es macht keinen Sinn, mehr Strom aus

dem Ausland zu beziehen, da dieser alles andere als sauber ist und eine starke Abhängigkeit bedeuten würde. Die hohe Auslandsabhängigkeit würde sich negativ auf den Preis sowie die Versorgungssicherheit auswirken. Daher ist es für die Schweiz unabdingbar, die Kernkraftwerke als Übergangslösung

für eine weitere Laufzeit zu ersetzen. Es steht ausser Frage, dass die erneuerbaren Energien die Zukunft sind. Es wäre jedoch unverantwortlich, einen der wahrscheinlich wichtigsten Wirtschaftszweige des 21. Jahrhunderts in den «Kinderschuhen» zu überfordern. Die erneuerbaren Energien können sich langfristig nur behaupten, wenn sie auf dem Markt bestehen können. Daher setzen die Freisinnigen auf eine gesunde Entwicklung sowie gute rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen. Es ist technologisch nur noch eine Frage der Zeit, bis die Preise für z.B. Fotovoltaikstrom auf ein wettbewerbsfähiges Niveau sinken werden.

Ein junges Rennpferd wird nicht auf die Rennbahn geschickt, wenn es noch nicht die gewünschte Leistung bringt. Besser, man investiert zu diesem Zeitpunkt ins Training. Wir müssen investieren: in die Entwicklung, in die Bildung und in die Forschung. Die Brücke zur nächsten Rennsaison kann nur ein erfahrenes Pferd schliessen, das solide gute Resultate bringt. Es ist jedoch nur eine Frage des Trainings und der Unterstützung, bis das junge Rennpferd den Platz des «besten Pferdes im Stall» einnehmen wird.

Abstimmung Mühleberg

Der Kanton Bern befürwortet den Bau eines Ersatzkernkraftwerks in Mühleberg. Die Stimmbürgerinnen und -bürger des Kantons Bern stimmen am 13. Februar 2011 darüber ab, ob sie die positive Stellungnahme ihres Kantons unterstützen. Diese Abstimmung wird eine nationale Ausstrahlung haben, die FDP sagt ganz klar JA.

Geht uns erst ein Licht auf, wenn Strom knapp wird?

www.stromzukunft.ch

Ihre Schweizer Stromversorger